

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Soziales und Integration Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 50/0175/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 09.06.2016 Verfasser:						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.04.2016 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: TOP: 2 <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 30%;">Gremium</td> <td style="width: 50%;">Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>23.06.2016</td> <td>SGA</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	23.06.2016	SGA	Entscheidung
Datum	Gremium	Kompetenz					
23.06.2016	SGA	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 28.04.2016 (öffentlicher Teil).

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

finanzielle Auswirkungen

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebe- ner Ansatz 20xx ff.	Folgekos- ten (alt)	Folgekos- ten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verslechterun g	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Erläuterungen:

keine

Anlagen:

Anlage 1 – Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.04.2016 (öffentlicher Teil)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 25.02.2016 (öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 50/0155/WP17**

- 3 Integriertes Quartiersentwicklungskonzept für die Siedlung Preuswald
Vorlage: FB 50/0163/WP17**

- 4 Sachstandsbericht über Maßnahmen der Volkshochschule für Flüchtlinge
Vorlage: FB 50/0143/WP17**

- 5 Schaffung eines Integration Point in der Stadt Aachen zur Vermittlung von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit
Vorlage: FB 50/0144/WP17**

- 6 Armutsentwicklung in Aachen
-Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke vom 05.04.2016-
Vorlage: FB 50/0153/WP17**

- 7 Flüchtlingssituation in Aachen aus Sicht der Jugendhilfe und Schule - Schulischer Lernort für Flüchtlinge
Vorlage: FB 45/0208/WP17**

- 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016 - Überplanmäßige Bereitstellung**

von Mitteln im Produkt 100803 - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen

Vorlage: FB 50/0152/WP17

- 8.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016 - Überplanmäßige Bereitstellung
von Mitteln im Produkt 100803 - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und
Einrichtungen**

Vorlage: FB 50/0152/WP17-1

- 9 Integration von Flüchtlingen - Erstellung eines Integrationsplans
-Ratsantragspaket der Fraktionen CDU und SPD vom 15.03.2016 - Integration von
Flüchtlingen-**

Vorlage: FB 50/0154/WP17

- 10 Unterbringung von Flüchtlingen - Sachstandsbericht der Verwaltung**

Vorlage: FB 50/0149/WP17

- 11 Aktuelle Situation**

**a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt
und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem
SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG**

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 50/0151/WP17

- 12 Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Höller-Radtke, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste.

Auf Anfrage von Herrn Körfer wird der Tagesordnungspunkt 9 als TOP 3 nach vorne verlegt.

Der bisherige TOP 3 wird zu TOP 4, TOP 4 wird zu TOP 5, TOP 5 wird zu TOP 6, TOP 6 wird zu TOP 7, TOP 7 wird zu TOP 8, TOP 7.1 wird zu TOP 8.1, TOP 8 wird zu TOP 9.

Es werden keine weiteren Anmerkungen, Ergänzungen und/oder Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 25.02.2016 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 50/0155/WP17

Herr Müller merkt an, dass im Beschluss unter TOP 7 das Wort „zustimmend“ fehlt.

Mit 2 Enthaltungen (wegen Nichtteilnahme) genehmigt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie einstimmig den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2016

Beschluss:

Mit 2 Enthaltungen (wegen Nichtteilnahme) genehmigt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie einstimmig den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2016

zu 3 Integriertes Quartiersentwicklungskonzept für die Siedlung Preuswald

Vorlage: FB 50/0163/WP17

Herr Körfer stellt das integrierte Quartiersentwicklungskonzept für die Siedlung Preuswald vor (Anlage 1)

Herr Hansen bedankt sich bei Herrn Körfer für den Vortrag. Er spricht die Punkte aus dem Vortrag „Sozial ausgewogene Bewohnerstruktur“ und „Neues Mietklientel gewinnen“ an und fragt, was dies bedeutet.

Herr Körfer erklärt, dass dies bedeutet, dass man auch Menschen mit höherem Einkommen als MieterInnen gewinnen will.

Frau Begolli möchte wissen, was für die Barrierefreiheit getan wird, da nicht nur in den Wohnungen, sondern auch in den Außenbereichen viele Barrieren vorhanden sind.

Herr Körfer erläutert, dass in den Wohnungen die Bäder barrierefrei gestaltet werden sollen, wenn dies mit der Tragkraft der Decken vereinbar ist. In den Außenbereichen ist man bemüht, Barrieren abzubauen.

Herr Schäfer führt aus, dass mit der Deutschen Annington schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Er fragt, ob die Zusammenarbeit mit dem neuen Vermieter reibungsloser funktioniert.

Herr Körfer antwortet hierzu, dass bisher alle Zusicherungen von der Firma Vonovia eingehalten wurden.

Herr Bruynswyck berichtet, dass das Schwimmbad im Preuswald mit dem Gebäude Altenberger Straße 4 verwurzelt ist und fragt, welche Perspektiven bestehen.

Herr Körfer erläutert, dass mit einem Abriss des Hochhauses auch ein Abriss des Schwimmbades verbunden ist. Das Gesundheitsamt der StädteRegion Aachen hat für das Schwimmbad bis zum 30.06.2016 eine Genehmigung erteilt. Es werden ca. 400.000€ benötigt, um das Bad zu sanieren. Diesen Betrag über die Mieten zu refinanzieren, ist jedoch nicht möglich. Zurzeit befinden sich die Stadt, die Gewoge und Vonovia hinsichtlich des Gebäudes Altenberger Straße 4 im Klärungsprozess.

Frau Strack mahnt an, dass die UN Behindertenrechtskonvention Barrierefreiheit fordert.

Herr Körfer teilt mit, dass man die Barrierefreiheit in den Außenbereichen im Blick hat. Es müssen jedoch auf Grund der baulichen Voraussetzungen auch Kompromisse eingegangen werden, so dass einige Bereiche nur barrierearm gestaltet werden können.

Herr Müller bedankt sich für den Vortrag und die Bemühungen, den Stadtteil Preuswald wertvoller zu gestalten. Er ist der Ansicht, dass ein gemeinsames Wohnen von alten und jungen Menschen in diesem Stadtteil auch für andere Stadtbezirke modellhaft sein kann.

Herr Linden bittet die Verwaltung, das Thema Preuswald regelmäßig auf die Tagesordnungen im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss und im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie zu setzen. Die Politik soll über den aktuellen Stand informiert werden, damit ein Abgleich mit dem Sozialentwicklungsplan möglich ist.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Sachstandsbericht über Maßnahmen der Volkshochschule für Flüchtlinge

Vorlage: FB 50/0143/WP17

Herr Storbeck berichtet über die Maßnahmen der Volkshochschule für Flüchtlinge (Anlage 1).

Herr Linden bedankt sich für den Vortrag. Er merkt an, dass die Integration der Flüchtlinge eingefordert wird und verweist auf den gemeinsamen Ratsantrag von CDU und SPD zur Erstellung eines Integrationsplanes.

Herr Brantin bedankt sich für den Vortrag und fragt, ob es noch einen Markt für Dozenten gibt.

Herr Storbeck erwidert, dass es momentan sehr problematisch ist, Dozenten zu bekommen. Die Volkshochschule ist aber sehr kreativ und versucht ggf. Studenten für die Arbeit zu gewinnen. Auch pensionierte Lehrer stehen zur Debatte, wobei herausgefiltert werden muss, wer als Dozent für die Kurse geeignet ist.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis

zu 5 Schaffung eines Integration Point in der Stadt Aachen zur Vermittlung von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit

Vorlage: FB 50/0144/WP17

Frau Schillings von der Agentur für Arbeit und Herr Kreuzer vom Jobcenter Aachen stellen den Integration Point in der Stadt Aachen zur Vermittlung von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit vor (Anlage 1).

Herr Linden bedankt sich für den Vortrag und führt aus, dass es sehr positiv war, dass die CDU und die SGA/13/WP.17

Ausdruck vom: 07.06.2016

Seite: 9/16

SPD einen gemeinsamen Antrag auf Schaffung eines Integration Point für Flüchtlinge zur Integration in den Arbeitsmarkt gestellt haben.

Herr Kreuzer erläutert, dass sich aktuell 334 Personen im Integration Point gemeldet haben. 75 % der Menschen stammen aus Syrien. Des Weiteren teilt er mit, dass das Jobcenter dieses Jahr finanziell besser ausgestattet ist. Mit Fördermöglichkeiten kann man daher offensiver umgehen.

Frau Schillings berichtet, dass auch der Arbeitsagentur mehr Mittel zur Verfügung stehen. Für die Förderung ist man daher gut aufgestellt.

Herr Müller teilt mit, dass die Ausführungen von Frau Schillings und Herrn Kreuzer sehr erfreulich sind. Durch Arbeitsvermittlung werden die kommunalen Haushalte und die Sozialsysteme entlastet. Wichtig ist aber, dass der Mindestlohn beachtet wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 6 Armutsentwicklung in Aachen

-Antrag zur Tagesordnung der Fraktion Die Linke vom 05.04.2016-

Vorlage: FB 50/0153/WP17

Frau Begolli erläutert den Antrag der Fraktion Die LINKE vom 05. April 2016. Des Weiteren führt sie aus, dass die Zahlen im Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes von den Ausführungen der Stadt Aachen aus der Vorlage abweichen.

Herr Prepols teilt mit, dass im Land eine überdurchschnittliche Steigerung von Armut zu verzeichnen ist. Gründe sind unter anderem der Mindestlohn von 8,50 Euro und viele Renten, die nicht Armutsfest sind.

Frau Begolli fragt des Weiteren, wann die nächste Sozialkonferenz stattfindet und ob Aufklärungsarbeit gegen die verschämte Altersarmut geleistet wird.

Herr Prepols antwortet hierzu, dass es sehr schwer ist, an die Menschen heranzukommen, die aus Scham nicht im Fachbereich Soziales vorsprechen. Über die Presse wurde die Nummer eines

SGA/13/WP.17

Ausdruck vom: 07.06.2016

Seite: 10/16

Informationstelefon bekanntgegeben. Dort konnten sich Bürgerinnen und Bürger anonym beraten lassen.

Zum Thema Sozialkonferenz erklärt Herr Prof. Dr. Sicking, dass für den am 31.12.2015 ausgeschiedenen Sozialplaner Herrn Dr. Köster, noch ein/e NachfolgerIn gesucht wird.

Sobald eine Nachbesetzung erfolgt ist, soll die Planung der Sozialkonferenz erfolgen und noch in diesem Jahr stattfinden.

Herr Linden erläutert, dass sich die Armut in Deutschland ausweitet. In Aachen wird viel gegen die Armut getan. Durch den Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie wurde Geld für Beratungsleistungen, z.B. Schuldnerberatung, für Soziale Dienste und für das Quartiersmanagement zur Verfügung gestellt. Wichtig ist auch, dass mehr in den Wohnungsbau und in die Vermittlung von Arbeit investiert wird, damit sich die Armut in Aachen nicht verfestigt.

Frau Timm erklärt, dass sich der Bericht des Päritätischen Gesamtverbandes auf eine größere Region bezieht und daher vom Bericht der Stadt Aachen abweicht. Allen Akteuren muss bewusst sein, dass man das Thema Armut weiterverfolgen muss. Wichtig ist auch, dass in der 3. Sozialkonferenz die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse vereinbart wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 7 Flüchtlingssituation in Aachen aus Sicht der Jugendhilfe und Schule - Schulischer Lernort für Flüchtlinge

Vorlage: FB 45/0208/WP17

Frau Drews erläutert in einem kurzen Vortrag die Vorlage. Des Weiteren führt sie aus, dass die Zusammenarbeit der Akteure sehr gut funktioniert und dadurch eine gute Grundlage geschaffen wurde. Bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern steht dem Soll von 189 Personen, ein Ist von 570 Personen gegenüber. Daher erfolgen Zuweisungen nur noch dann, wenn Verwandte in Aachen leben.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**zu 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016 - Überplanmäßige Bereitstellung von
Mitteln im Produkt 100803 - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen
Vorlage: FB 50/0152/WP17**

siehe TOP 8.1

Beschluss:

siehe TOP 8.1

**zu 8.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/
Verpflichtungsermächtigungen - Haushaltsjahr 2016 - Überplanmäßige Bereitstellung von
Mitteln im Produkt 100803 - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen
Vorlage: FB 50/0152/WP17-1**

Herr Schavan erläutert die Tischvorlage (Anlage 1) „Systematik der Baukostenplanung und Wirkungszusammenhänge“..

Herr Müller bedankt sich für den Vortrag und schlägt vor, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt wird.

Frau Plum bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie merkt an, dass die heutige Vorlage gegenüber der Vorlage im Finanzausschuss am 19.04.2016 verändert wurde. Sie bemängelt, dass die Kostenaufstellung für die Tempelhoferstraße erst jetzt vorliegt. Sie akzeptiert die Kostenaufstellung unter Zeitdruck und hofft, dass die Politik in Zukunft zeitnah in das Verfahren eingebunden wird.

Sie hat folgende Fragen:

- Wie kommt es in der Tempelhoferstraße zu einer 60 prozentigen Kostensteigerung?
- Warum wurden die Space Boxen in der Dr. Leo-Löwenstein-Kaserne nicht ebenerdig aufgestellt?
- Warum wurden die Kosten für den Brandschutz in der Tempelhoferstraße nicht mit eingerechnet?

Herr Schavan antwortet hierauf, dass bei Bestandsbauten der Kostenrahmen bis zu 60 % abweichen kann. Insbesondere bei Altbauten muss von einer höheren Kostenspreizung ausgegangen werden.

Zu den Spaceboxen erläutert Herr Schavan, dass diese Zu- und Abläufe haben, die nicht immer in die Erde verlegt werden können. Dies ist abhängig von der Bodenbeschaffenheit. Vielfach ist es wirtschaftlich günstiger, die Zu- und Abläufe nicht in den Boden zu verlegen. Aus diesem Grund wurden die Spaceboxen erhöht aufgestellt.

Zur Frage der Brandschutzkosten erklärt Herr Schavan, dass es sehr schwierig ist, diese Kosten zu planen. Es ist ein Brandschutzgutachter eingesetzt worden, dessen Gutachten nicht angezweifelt werden kann. Über die Kosten in Höhe von 200.000€ ist man sehr überrascht gewesen.

Herr Linden bedankt sich für den Vortrag. Er merkt an, dass das Thema im Finanzausschuss beraten wurde und dort die fehlende Kommunikation angemahnt wurde. Wünschenswert ist eine bessere Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Politik. Die Politik sollte rechtzeitig in die Verfahren eingebunden werden. Wenn der Umbau von 15 auf 27 Räume erhöht wird, hält Herr Linden die Kostensteigerung im Prozess für nachvollziehbar, wenn dadurch das Ziel Menschen kurzfristig unterzubringen, erreicht wird. Er hofft, dass in Zukunft Verwaltung und Politik weiter in enger Zusammenarbeit beraten.

Frau Begolli bedankt sich bei Herrn Schavan für die gute Erklärung. Da schnell entschieden werden musste, gibt es aus ihrer Sicht nichts zu beanstanden.

Herr Schäfer bedankt sich für den Vortrag. Er führt aus, dass ihm trotz langjähriger politischer Erfahrung die Baukostenplanung noch nie so eindeutig klar gemacht worden ist, wie durch den Vortrag von Herrn Schavan. Er hält es für außerordentlich wichtig, dass den politischen Entscheidungsträgern die Bandbreite der Kosten deutlich gemacht wird.

Frau Höller-Radtke ergänzt, dass es wichtig ist, dass bei Kostensteigerungen von 50 % oder mehr, die Politik rechtzeitig informiert wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die überplanmäßige Bereitstellung der Mittel im Produkt 100803 – Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen - in 2016 in Höhe von 1.248.372,36 € im investiven Bereich wie von der Verwaltung vorgeschlagen zu beschließen.

SGA/13/WP.17

Ausdruck vom: 07.06.2016

Seite: 13/16

**zu 9 Integration von Flüchtlingen - Erstellung eines Integrationsplans
-Ratsantragspaket der Fraktionen CDU und SPD vom 15.03.2016 - Integration von
Flüchtlingen-
Vorlage: FB 50/0154/WP17**

Frau Höller-Radtke schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 9 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt „Integration von Flüchtlingen - Erstellung eines Integrationsplans
-Ratsantragspaket der Fraktionen CDU und SPD vom 15.03.2016 - Integration von Flüchtlingen-
wird auf die nächste Sitzung verschoben.

**zu 10 Unterbringung von Flüchtlingen - Sachstandsbericht der Verwaltung
Vorlage: FB 50/0149/WP17**

Die aktuelle Zahl der untergebrachten Flüchtlinge hat sich im Vergleich zu der auf Seite 67 der Vorlage aufgeführten Statistik kaum verändert. Es sind lediglich wenige Aufnahmen erfolgt. Gleichzeitig haben einige Auszüge stattgefunden.

Diese hinsichtlich der Aufnahmen ruhige Zeit wird genutzt, notwendige Verlegungen vorzunehmen. Bis zur letzten Woche wurde an dem Freizug der Turnhallen gearbeitet. Derzeit ist niemand mehr in einer Turnhalle untergebracht.

Mittlerweile werden auch die übrigen Einrichtungen, die teilweise bis zur von der bauordnungs-rechtlichen Genehmigung angegebenen Höchstgrenze ausgelastet sind, entzerrt. Viele Menschen sind bereits in die Räumlichkeiten des zweiten Bauabschnitts Roermonder Straße umgezogen. Jetzt wird der neue Standort Dr. Leo-Löwenstein-Kaserne (56 Spaceboxen für ca. 75 bis 80 Menschen) in den Blick genommen.

Auch für die neuen Standorte ist eine Mischbelegung (sowohl alleinstehende Personen als auch Familien) geplant.

In der fachbereichsübergreifend besetzten Donnerstagsrunde werden weiterhin regelmäßig neue Objekte besprochen, da davon auszugehen ist, dass auch weiterhin zusätzlicher Wohnraum benötigt wird.

Zwar gibt es nach wie vor keine Verteilerstatistik der Bezirksregierung Arnsberg, aus der die Verteilung der Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen und die Auslastung der jeweiligen Kommunen hervorgeht. Auf

konkrete Nachfrage wurde jedoch mitgeteilt, dass die Stadt Aachen im Vergleich zu den übrigen Kommunen ca. 750 Menschen zu viel aufgenommen hat. Die kommunalen Landesplätze, die zum 31.01.2016 aufgegeben wurden, werden bei der Berechnung der Quote für die Stadt Aachen zuletzt mit 200 Plätzen im Juni berücksichtigt. Unterstellt, dass der Stadt Aachen rechnerisch weiterhin ca. 170 Menschen monatlich zugewiesen werden, wird die derzeitige Überkapazität von ca. 750 Personen voraussichtlich nicht vor Mitte des Jahres abgeschmolzen sein.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 11 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 50/0151/WP17

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

keine